

Gender und der Unabhängigkeitskrieg in Simbabwe¹

Rita Schäfer

Kolonialgeschichtliche Hintergründe

Simbabwe erlangte nach einem jahrelangen Guerillakrieg 1980 die politische Unabhängigkeit, damit endete die Siedlerherrschaft der weißen Minderheitenregierung. Das bis dahin als Rhodesien – zeitweise auch als Süd-Rhodesien – bezeichnete Land unterstand seit 1889 der britischen Krone. 1893 und 1896/7 organisierte die lokale Bevölkerung in verschiedenen Landesteilen militärischen Widerstand. Im Osten mobilisierten Geistermedien, u.a. das weibliche Medium *Nehanda*, junge Männer zum antikolonialen Kampf. Diese Proteste, die die Kolonialtruppen blutig niederschlugen, wurden später als erster *Chimurenga*, als Rebellion, bezeichnet.

Ein Landgesetz von 1930 sicherte die Landrechte der Weißen auf über 50% der Flächen. Dabei handelte es sich um die fruchtbaren und regenreichen Gebiete; der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit wurden nur 22,4% rechtlich zugesichert. Umfangreiche Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen verfrachteten Zehntausende in neuangelegte „Reservate“. Diese gesetzlich legitimierte Trennung von afrikanischen und weißen Gebieten legte den Grundstein für umfassende kolonialpolitische Beschränkungen. Mit der Einführung von Pässen und Zuzugskontrollen versuchte die Kolonialregierung, die Zuwanderung in die Städte zu stoppen. Sie wollte nur so vielen afrikanischen Männern ein temporäres Aufenthaltsrecht in den Städten, die als Wohnorte der Weißen galten, gewähren, wie für neue Arbeitsaufgaben gebraucht wurden. Gleichzeitig sollte der Zuzug von Afrikanerinnen drastisch unterbunden werden. Sie wurden dazu gedrängt, die kleinbäuerliche Produktion und Selbstversorgung aufrecht zu erhalten. Neue Ehe- und Familiengesetze sorgten dafür, die Macht der *Chiefs* – lokaler Autoritäten, die von der Kolonialverwaltung eingesetzt wurden und mit dieser paktierten - und die patriarchale Ordnung zu sichern. Diese Gesetze beinhalteten strikte rechtliche Kontrollen über Frauen, sie manifestierten ihre Rechtsunmündigkeit und legten Brautpreiszahlungen fest. Durch die Monetarisierung des Brautpreises verschlechterte sich die Stellung von Ehefrauen, was gravierende Ehekonflikte zur Folge hatte.

Erschwerend kam hinzu, dass die britische Kolonialverwaltung in den 1950er Jahren zahlreiche Vorschriften zur Landnutzung erließ, die die Anbauleistungen und die agrarökologischen Kenntnisse der afrikanischen Kleinbäuerinnen missachteten. Aus ihrer

¹ Dieser Artikel ist an den gleichnamigen Vortrag auf der Kieler Tagung „Krieg und Geschlecht: Wie die Gesellschaft Frauen und Männer missbraucht“ (29.04.2009) angelehnt.

Perspektive waren die mit Strafandrohungen vorgeschriebenen Anbaureglementierungen ökologisch unsinnig und angesichts der damit verbundenen Mühsal eine reine Schikane. Landesweit formierten sie Proteste gegen ihre Gängelung.

Ab 1934 gründeten Afrikaner erste politische Interessenvertretungen. Hierauf bauten verschiedene Parteien in den 1950er und 1960er Jahren auf, die allerdings allesamt kurz nach ihrer Gründung für illegal erklärt wurden. Innerhalb der Parteien stritten die männlichen Mitglieder darüber, inwieweit sie Frauenproteste gegen das Kolonialsystem tolerieren sollten und welche Rolle sie Frauen im politischen Leben zugestehen wollten. Aus der Perspektive vieler afrikanischer Nationalisten, die politische Mitsprache oder die politische Unabhängigkeit forderten, war politisches Handeln ein männliches Privileg. Weil sie von der Kolonialbürokratie, von weißen Farmern und Minenbetreibern nur als infantile Unterebene, als unmündige Jungen betrachtet und rassistisch behandelt wurden, suchten sie nach Auswegen, Selbstrespekt wieder zu erlangen und ihr maskulines Selbstverständnis neu zu definieren. Dazu wollten sie ihre politischen Vereinigungen nutzen, die u.a. die Rechtsmündigkeit und das Wahlrecht für afrikanische Männer verlangten – auch um als politische Handelnde von weißen Männern anerkannt zu werden.

Zu den rasch nach ihrer Gründung verbotenen Parteien zählte die Zimbabwe African People's Union (ZAPU). Sie war von Anfang an bereit, einen bewaffneten Kampf zu führen. Erste Gefechte zwischen rhodesischen Truppen und ZANU im Jahr 1966 boten den Auftakt für militärische Auseinandersetzungen. 1972 begann die Zimbabwe African National Liberation Army (ZANLA), der militärische Arm der ZANU, den Guerillakrieg, den so genannten 2. *Chimurenga*. Ab 1975 wurden sie vom östlichen Nachbarland Mosambik unterstützt, das im gleichen Jahr ebenfalls durch einen Guerillakrieg die politische Unabhängigkeit erlangt hatte. Teilweise suchten die ZANLA-Guerillaführer auch im nord-westlich gelegenen Sambia Rückhalt. Währenddessen war die Zimbabwe's People Revolutionary Army (ZIPRA), der militärische Flügel der zweiten großen Unabhängigkeitsbewegung Zimbabwe African People's Union (ZAPU), vorrangig von Sambia aus im Westen Simbabwes tätig.

1976 bildeten ZANU und ZAPU temporär eine gemeinsame Armee: die Zimbabwe People's Army. 1977 manövrierte sich Robert Mugabe gegen den Widerstand jüngerer Offiziere an die Spitze der militärischen Führung der ZANLA und intensivierte den bewaffneten Kampf. Fortan setzte Mugabe alles daran, den Befreiungskampf insgesamt zu dominieren. Im September 1979 wurde die Lancaster House Conference anberaumt, die unter dem Vorsitz Großbritanniens einen Waffenstillstand und eine Übergangsverfassung ausarbeitete.

Zimbabwe wurde am 18. April 1980 unabhängig und Robert Mugabe übernahm die Macht; zunächst als Premierminister und später als Präsident.

Frauen und Mädchen als Unterstützerinnen des Unabhängigkeitskampfes

Frauen und Mädchen wirkten in ganz unterschiedlichen Rollen am antikolonialen Unabhängigkeitskrieg mit. Sie unterstützten aus verschiedenen Motiven die Guerillas. So erhofften sich Kleinbäuerinnen mittleren Alters Landrechte und die Abschaffung kolonialer Anbauvorschriften, aber auch die Überwindung patriarchaler Unterdrückung, z.B. ein Ende ehelicher Gewalt. Deshalb versorgten sie die Befreiungskämpfer heimlich mit Lebensmitteln. Außerdem organisierten sie nächtliche politische Schulungen; allerdings traten nicht sie, sondern die jungen Guerillakämpfer dabei als Redner auf.

Während des Krieges erzwangen diese mancherorts die Unterstützung und die Versorgungsleistungen der Frauen. Das Spannungsverhältnis von Freiwilligkeit und Zwang hing vom lokalen Machtkontext ab, zumal die jahrelangen umfangreichen Versorgungsleistungen für die Guerillas vielen Familien große Entbehrungen abverlangten. In etlichen Fällen unterstützte die ländliche Bevölkerung die Guerillas, um nicht als Verräter oder Spitzel verdächtigt zu werden. Gegen Kriegsende trieben marodierende Guerillagruppen an einigen Orten ihr Unwesen, die Dorfbewohner einschüchterten und junge Mädchen vergewaltigten.

Zudem ging die rhodesische Armee mit immer größerer Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vor, um deren Unterstützung für die Guerillas zu unterbinden. Sie bombardierte Dörfer, brannte Speicher und Häuser nieder und folterte systematisch. Viele Afrikanerinnen wurden von rhodesischen Soldaten und Söldnern im Auftrag des Militärs vergewaltigt, um deren männliche Familienangehörige zu demütigen. Gerade diese Übergriffe, die Ehemänner, Väter und Söhne als Versager entwürdigten, motivierten zahlreiche junge Männer und Frauen, sich dem bewaffneten Guerillakampf anzuschließen.

Viele Jugendliche waren aber auch begeistert von der politischen Aufbruchstimmung in jener Zeit. Sie wollten am Kampf für die politische Unabhängigkeit mitwirken. Vor allem junge Mädchen erhofften sich Zugang zu Bildung und Berufen und glaubten den Versprechungen der Befreiungsbewegung, die Emanzipation und Gleichheit verkündete.

Junge Mädchen und Frauen als Kombattantinnen

Das Leben in den Ausbildungscamps der Guerilla, die zum Teil in Sambia und mehrheitlich in Mosambik angelegt wurden, war keineswegs einfach. Während in den meisten Lagern zwar Schulunterricht stattfand, herrschten gleichzeitig chronischer Versorgungsmangel, Hunger und Krankheiten. Entgegen der Gleichheitspostulate prägte militärischer Drill den Alltag.

Sexuelle Dienste insbesondere gegenüber Ranghöheren galten als Beweis für die politische Überzeugung. Auch wenn ein Verhaltenskodex der ZANLA Mädchen vor sexuellen Übergriffen schützen sollte, waren Verstöße dagegen verbreitet. Verhütungsmittel waren verboten; wenn Kombattantinnen schwanger wurden, kamen sie in abgesonderte und schlecht ausgestattete Mutterschaftscamps. Entgegen der offiziellen Propaganda wurden sie ausgegrenzt, angefeindet und für ihre Problemlage selbst verantwortlich gemacht.

Vergleichsweise wenige Frauen und Mädchen erhielten eine Kampfausbildung - und das auch erst nach einigen Kriegsjahren. Die meisten wurden als Trägerinnen schwerer Waffen und Munition, Informantinnen und Versorgerinnen eingesetzt. Gerade die Verbindung dieser Aufgaben, die sie zwischen die feindlichen Linien führte, gefährdete sie in besonderer Weise. Nur der Druck der jungen Frauen, die diese Dienste übernehmen mussten, führte dazu, dass Mädchen und Frauen in den Lagern eine militärische Ausbildung erhielten. Erst ab 1978 wurden sie in direkte Kampfhandlungen einbezogen. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen blieben Frauen militärische Führungspositionen verwehrt.

Das Kampfgeschehen selbst galt als Männerdomäne; die Darstellungen von bewaffneten Kämpferinnen in Uniform auf zahllosen Propaganda-Postern dienten vor allem dazu, Männer für den Kampf zu motivieren. Doch genau solche Darstellungen von kampfbereiten Frauen wurden den Ex-Kombattantinnen nach dem Krieg zum Fallstrick, denn entgegen der offiziellen Propaganda blieben den meisten die verheißenen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten vorenthalten.

Kriegsende: Demobilisierung und Rückkehr zur alten Ordnung

Etliche Kämpferinnen, die sich während der Unabhängigkeitsphase in den Guerillacamps in Mosambik aufhielten, wurden von der ZANU/ZANLA-Leitung aufgefordert, sich bei der Rückkehr ins Land als Flüchtlinge auszugeben. Damit verloren sie aber den Anspruch auf Demobilisierungsgelder und wurden von Reintegrationsprogrammen ausgeschlossen. Sowohl bei der Neustrukturierung des Militärs als auch bei den zivilen Bildungsangeboten und der Auszahlung von Reintegrationsgeldern wurden systematisch ranghohe männliche ZANLA-Kämpfer bevorzugt, wodurch die Mugabe-Regierung ihre Herrschaftsansprüche sicherte.

Zwar wurden über siebzig Agrar-Kooperativen eingerichtet, oft auf Farmen, die die Regierung von Weißen aufgekauft hatte. Jedoch scheiterten viele Kooperativen, weil sie technisch und finanziell nicht oder nur unzureichend von der Regierung unterstützt wurden. Frühere Kämpferinnen wurden nicht in die Führungsgremien der Kooperativen einbezogen. Auch im formellen Sektor wurden sie diskriminiert. Zahlreiche Arbeitgeber fürchteten, dass

diese Frauen nicht zu kontrollieren seien und andere Arbeiterinnen aufwiegeln würden. Viele mussten sich mit Gelegenheitsjobs oder als Kleinhändlerinnen durchschlagen.

Die Stigmatisierung als hosentragende „Prostituierte“ erschwerte Ex-Kombattantinnen die Rückkehr zu ihren Familien. Besonders problematisch war die Tatsache, dass eine unbekannte Zahl der Kämpferinnen durch Liebschaften oder Vergewaltigungen schwanger geworden waren. In etlichen Fällen kannten sie nicht einmal die Namen der Väter ihrer Kinder, weder die Guerillanamen noch die zivilen Namen, was deren Zuordnung zu den Vorfahren und Ahnen der Väter unmöglich machte. Das war für die soziale Einordnung der Kinder ein nicht zu unterschätzendes Strukturproblem.

Diese jungen Mütter hatten kaum eine Chance, einen Ehepartner zu finden, weil Männer befürchteten, durch die Geister der unbekanntes und möglicherweise im Kampf getöteten Väter geschädigt zu werden. Auch zahlreiche Ex-Kombattantinnen, die ohne Kinder nach Hause kamen, erhielten kaum Dank von ihren Familien. Von ihnen wurde erwartet, dass sie wieder die demütige Haltung einer gehorsamen Tochter einnahmen. Insbesondere junge Frauen, die aktiv mit der Waffe gekämpft hatten, wandten sich enttäuscht von ihren Eltern ab, weil sie deren Pochen auf die alte Ordnung nicht erfüllen konnten oder wollten.

Ex-Kombattantinnen, die während des Krieges geheiratet hatten, mussten in zahllosen Fällen erleben, dass ihre Schwiegerväter und Schwiegermütter ihre Ehepartner unter Druck setzten, sich von ihnen zu trennen. In einigen Fällen wurden frühere Kämpferinnen damit konfrontiert, dass ihre Ehemänner bereits vor dem Krieg geheiratet hatte, was die Männer ihnen aber über Jahre verschwiegen hatten. Nun mussten die betroffenen Ex-Kombattantinnen sich in die Rolle rechtloser und rangniedriger Mitfrauen fügen oder sich als geschiedene und sozial diffamierte Frauen in den Städten durchschlagen.

Zwar wurden auf lokaler Ebene neue politische Gremien eingeführt, die vertraten jedoch nur bedingt die Interessen junger Frauen. Vielmehr kämpften alte und neue politische Eliten um Macht und Einfluss. Auch auf nationaler Ebene gab es schnell Kurskorrekturen: Die modernistische Propaganda zur Frauenemanzipation und Gleichberechtigung machte einer Rückkehr zu sogenannten „afrikanischen Traditionen“ Platz.

Staatliche Frauenpolitik

1981 richtete die neue simbabwische Regierung das Ministerium für Gemeinwesenentwicklung und Frauenangelegenheiten ein. Dabei orientierte sie sich an der Weltfrauendekade (1975-1985), u.a. um auf internationalem Parkett als gesellschaftlicher Erneuerer zu erscheinen und internationale Finanzhilfen zur Frauenförderung in regierungsfreundliche Projekte zu lenken. Anstatt mit den von Ex-Kombattantinnen neu gegründeten, autonomen

Frauenorganisationen zusammenzuarbeiten, die auf einen grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandel hinwirkten, kritisierte das Frauenministerium diese. Es setzte auf konservative Rollenbilder, auf Mutter- und Kindprojekte, die es ironischerweise als Beiträge zur Frauenbefreiung anpriesen.

Dadurch ignorierte dieses Ministerium die wirtschaftlichen Interessen, Bedürfnissen und Zielen der Kleinbäuerinnen, die jahrelang unter schwierigsten Bedingungen die Guerillas unterstützt hatten. Was die Frauenministerin von wirtschaftlicher Eigenständigkeit und weiblicher Berufstätigkeit hielt, machte sie unmissverständlich deutlich, indem sie Krankenschwestern pauschal als hochmütig und herrschsüchtig diffamierte. Und das, obwohl es sich dabei um einen der wenigen Berufe handelte, für den die ZANU-PF während des Krieges junge Frauen gezielt ausgebildet hatte.

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1980 forderten autonome Frauenzusammenschlüsse zahlreiche Gesetzesreformen, die als Meilensteine für die rechtliche Situationsverbesserung von Simbabwerinnen galten. Dazu zählten ein Gesetz, das Frauen erstmals als eigenständige Rechtspersonen anerkannte, sowie Reformen des Ehe-, Unterhalts- und Scheidungsrechts. Sie forderten auch ein neues Arbeitsrecht ein, das bezahlten Mutterschutz, Minimallohne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit festlegte. Obwohl die Mugabe-Regierung einige Gesetzesreformen verabschiedete, verschleppte sie deren Umsetzung. So wurde die alte hierarchische Gesellschaftsordnung vielerorts unter neuen Vorzeichen verfestigt.

Wenn Regierungsmitglieder Vertreterinnen unabhängiger Frauenorganisationen anfeindeten, betonten letztgenannte, dass die Regierung internationale Frauen- und Menschenrechtskonventionen unterzeichnet habe und zu deren nationaler Umsetzung verpflichtet sei. Außerdem beriefen sich die Aktivistinnen auf die Ziele des Befreiungskampfes, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, die keine Frauendiskriminierung dulde. Damit argumentierten die Frauenrechtsaktivistinnen, als sie Ende der 1990er Jahre konkrete Vorschläge für eine neue Verfassung formulierten, eine Frauenkoalition bildeten und der Regierung konkrete Forderungen der Zivilgesellschaft unterbreiteten. In den Folgejahren wurden sie als Regierungskritikerinnen angefeindet und Opfer von Gewaltübergriffen durch Militärs und Schlägertrupps.

Schon Anfang der 1990er Jahre hatte Präsident Mugabe Frauenrechtlerinnen, die u.a. eine gleichberechtigte Registrierung von Ehefrauen und Ehemännern bei der Zuteilung von Landnutzungsrechten forderten, als westlich unterwanderte, fanatische Feministinnen attackiert, die kulturelle Werte zerstören wollten. Bereits 1989 hatte die ZANU-PF eine Resolution verabschiedet, die *Chiefs* und traditionelle Autoritäten als Bewahrer der

traditionellen Ordnung stärkte; das bedeutete vor allem, ihre umfassende Kontrolle über Frauen und Mädchen wiederherzustellen. Dennoch arbeiteten simbabwische Wissenschaftlerinnen und Entwicklungsexpertinnen ab Mitte der 1990er Jahre konkrete Vorschläge für eine geschlechtergerechte Landreform aus. Diese basierten auf vielen hundert Interviews, die sie zuvor mit Frauen unterschiedlichen Alters und Status in allen Landesteilen durchgeführt hatten. Ihre Vorschläge wurden von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert. Zu den Rückschlägen zählte ein Gerichtsurteil von 1997, das Töchtern das Erbrecht auf Land aberkannte.

Landreform, Landenteignungen und wirtschaftlicher Niedergang

Ab 2000 mobilisierte Mugabe regimetreue Kriegsveteranen und jugendliche Schlägertrupps für Farmbesetzungen, womit der Präsident auf seine Niederlage bei einem kurz zuvor durchgeführten Verfassungsreferendum reagierte. In den im gleichen Jahr abgehaltenen Wahlen, in deren Vorfeld das Movement for Democratic Change (MDC) seine politische Stärke bewies, wollte er nicht erneut seine Macht angezweifelt sehen und suchte sich darum neue Sündenböcke für die latente Legitimitätskrise und die hausgemachte Wirtschaftsmisere: die weißen Farmbesitzer. Von den umfangreichen Landenteignungen weißer Großfarmer, dem sogenannten 3. *Chimurenga*, und den anschließenden Umverteilungsaktionen haben Frauen bis heute nicht profitiert; nur ZANU-Funktionäre und -Günstlinge wurden versorgt. Weil sie aber keine Grundnahrungsmittel auf den Anbauflächen produzierten, verstärkten sie die landesweite Versorgungskrise. Zudem traten sie auch nicht als wirtschaftliche Innovationsträger in Erscheinung.

Mehrere hunderttausend Farmarbeiterinnen und Farmarbeiter wurden vertrieben, etliche hatten im Befreiungskampf ihr Leben riskiert, nach der Unabhängigkeit aber keine andere Arbeit gefunden und verdingten sich deshalb auf den Großfarmen der Weißen. Viele vertriebene Farmarbeiterinnen und Farmarbeiter sahen sich gezwungen, in städtischen Ballungsgebieten informelle Siedlungen anzulegen. Im Juni und Juli 2005 gingen Polizei und staatliche Behörden gegen solche städtischen Siedlungen vor. Während der „Operation Murambatsvina“ – „Operation Müllentsorgung“ wurden laut offizieller UN-Angaben 92.460 Häuser zerstört. Damit verloren über 560.000 Menschen ihre Unterkunft, Bulldozer walzten mehr als 32.000 Kleinunternehmen platt, von denen mindestens 97.000 Menschen lebten. Über 20.000 Menschen wurden verhaftet, zahllose wurden auf Lastwagen verfrachtet und im Niemandsland außerhalb der Städte abgeladen. Zielscheibe wurden vorrangig Bewohner von Wahlbezirken, die in den Parlamentswahlen im April 2005 für die Oppositionspartei gestimmt hatten.

Im Zuge ihres krampfhaften Klammerns an die Macht setzten Entscheidungsträger des Mugabe-Regimes bzw. ranghohe Militärs und Sicherheitskräfte so genannte „grüne Bomber“ ein. Das waren jugendliche Schlägertrupps, die sich auf die Verbreitung von Angst und Gewalt in den ländlichen Gebieten spezialisiert hatten. Durch Vergewaltigungen wollen sie potenzielle weibliche Oppositionelle sowie deren männliche Familienmitglieder demütigen. Etliche Jugendliche waren HIV-positiv, so dass die gewaltsame HIV-Verbreitung ebenfalls zur Kampfstrategie zählte, was den sowieso schon dramatischen HIV-Infektionen weiter Vorschub leistete. Manche „grüne Bomber“ kamen nicht freiwillig zu diesen Einheiten, vielmehr wurden sie in Schulen mit falschen Versprechungen und Jobangeboten angelockt, in speziellen Ausbildungslagern zu Killern gedrillt und zum Morden gezwungen.

Nach wie vor nutzen Schlägertrupps und Sicherheitskräfte im Auftrag der Regierung sexuelle Gewalt als probates Mittel, politische Gegnerinnen und Gegner oder Menschen, die sie als solche verdächtigen, zum Schweigen zu bringen. Sogar Mitglieder der Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC), die seit Anfang 2009 in die Regierung eingebunden sind, werden verhaftet und misshandelt.

Weiterführende Literatur

SCHÄFER, RITA (2008): Frauen und Kriege in Afrika. Brandes & Apsel Verlag: Frankfurt a.M.

CHINODYA, SHIMMER (1991): Dornenernte. Horlemann Verlag: Unkel/Bad Honnef.

VERA, YVONNE (1997a): Eine Frau ohne Namen, Marino Verlag: München.

VERA, YVONNE (1997b): Seelen im Exil, Lamuv Verlag: Göttingen.